

# Dresdner Neueste Nachrichten

**Abgabepreise:** Die 26 mm breite Zeile kostet 0,30 Goldmark, die 12 mm breite 0,15 Goldmark, für den Ausland 0,50 Goldmark. Die Anzeigenpreise sind für den Ausland 1,50 Goldmark. Die Druckkosten für Zusatzen sind separat zu bezahlen. Die Anzeigenpreise sind für den Ausland 1,50 Goldmark. Die Druckkosten für Zusatzen sind separat zu bezahlen.

**Unabhängige Tageszeitung**  
**mit Handels- und Industrie-Zeitung**

**Bezugspreise:** Für den Ausland 1 G. Mark, für den Inland 0,80 G. Mark. Einzelnummer 10 G. Pfennig.

Redaktion, Verlag und Hauptgeschäftsstelle Dresden-N., Ferdinandstr. 4. • Fernruf: 20 024, 27 951, 27 952, 27 953. • Telegramme: Neueste Dresden. • Postfach: Dresden 2060

Nr. 23

Mittwoch, 28. Januar 1925

XXXIII. Jahrgang

## Rasche Antwort Deutschlands auf die Entente-Note

Veröffentlichung der deutschen Note wahrscheinlich noch heute — Alle Parteien in der Kölner Frage geschlossen hinter Luther — Paris erwartet einen deutschen Schritt in der Frage des Garantiepakts

### Die Krise in Preußen

B. Berlin, 27. Januar. (Eig. Drahtbericht.) Ob es möglich sein wird, die Preußenkrise schon am Freitag durch die Wahl eines Ministerpräsidenten zu beenden, erscheint noch einigermaßen zweifelhaft. Einweilen regnet es noch von allen Seiten Absagen. Die Parteien rücken sich nicht näher. Der Trennungsgleich erscheint sielmehr von Tag zu Tag tieferzugehen. In den Kreisen der Linken hatte man teilweise gehofft, die Wirtschaftspartei geminnen zu können. Die hat indes inamtliden durch ihren Führer erklären lassen, sie würde nur ein Kabinett unterstützen, das die neue Ordnung des Staates im Sinne der christlichen Weltanschauung zu garantieren geeignet sei. Auf Deutsch: die Wirtschaftspartei wird sich nur einer Rechtskoalition anschließen.

Die Deutsche Volkspartei erklärt die „Zeit“, die Volkspartei werde unbedingt an ihrem bisherigen Kurs festhalten und gegen jedes Kabinett in Opposition treten, das sich auf die bisherigen drei Koalitionsparteien stützt. Die Volkspartei werde unbedingt dem Ziele treu bleiben, eine Regierung auf „breiter bürgerlicher Basis“ herbeizuführen. Zur zweiten bürgerlichen Basis gehört nun aber, wie die Dinge liegen, auf alle Fälle auch das Zentrum, und das Zentrum schreit vorläufig nicht zu wollen, nachdem die Scherprelle sich angeheißelt hat, dem Zentrum für den Fall, daß es sich nicht gewillt zeigt, mit der Fortsetzung der „Sozial-Eutbüllungen“ und andern Affären zu drohen, weniger denn je. Die „Germania“ meint, gegenüber solcher „Revolveraffäre“ gebe es nur eine Antwort: „Nun erkläre dich!“ Der Vorstand der deutschnationalen Landtagsfraktion ist, wie bereits gemeldet wird, gestern schon bestimmen gewesen und wird seine vertraulichen Verhandlungen heute fortsetzen. Aber es wird ihm schwer werden, bei solchen Forderungen die Dinge wieder zurecht zu bringen.

### Die Zukunft der deutsch-russischen Handelsbeziehungen

Ueber dem unendlichen Hin und Her, in das unsere Handelsvertragsverhandlungen mit den westeuropäischen Staaten, fast möchte man sagen, ausgeartet sind, haben wir fast vergessen, daß wir auch dabei sind, unsere Beziehungen mit Osteuropa, vor allen Dingen auch mit Rußland zu regeln. Seit die am 15. November in Moskau eingeleiteten Verhandlungen zu Weihnachten unterbrochen wurden und unsere Delegation mit der Versicherung heimkehrte, es sei ganz gut vorangegangen, haben wir freilich nichts weiter zu hören bekommen, obwohl man uns sagte, die Verhandlungen würden gar bald wieder aufgenommen werden. Wenngleich nun auch niemand recht weiß, was der langen Pause tiefer Grund war, so wird ja auch wohl hierin schließlich etwas geschähen, und es ist deswegen gut, sich zu vergegenwärtigen, was denn eigentlich wird geschähen können. Die Abklärung der Gedanken zur Dignität dürfte uns so eher erlaubt sein, als die Vermauerung unserer Beziehungen von Tag zu Tag wahrscheinlicher wird und die Frage sich wie ein Alp auf die Brust zu legen beginnt, wo wir letzten Endes die Luft zum Atmen sollen herbekommen können.

Dieses System aber ist aus einem Guß. Es gibt eine ganze Reihe von Reizen, die sich viel davon versprechen, in Rußland selbst Fuß zu fassen, und die hierin die Kernfrage der Verhandlungen sehen. Das aber heißt im Grunde ebenfalls nichts anderes, als jene Systematik überleben, heißt die Konzentration und Entschlossenheit der russischen Wirtschaft einfach außer Acht lassen oder unterdrücken. Inwiefern diese beiden Rußland Geld und Kredit und Investitionen ausländischer Kapitalien. Ganz sicherlich ist von russischer Seite der gleichen dies eine der dringlichsten und peinlichsten Probleme. Niemand in Moskau würde daran denken, Konzeptionen zu erteilen, wenn man es nicht nötig hätte. Und wenn auch ausgegeben werden soll, daß die Ausdehnung solcher Möglichkeiten sehr wichtig und ratsam ist — eine genaue Regelung der Beziehungen ausländischer Privatgesellschaften also sehr dringend nötig erscheint —, so ist dabei die Grundfrage, wie man reale Handelsmöglichkeiten schaffen, fördern, entwickeln kann. Denn wer nicht ohnehin eintritt, daß die Sowjets auch durch solche Konzeptionen niemals werden an ihren Grundlagen zittern lassen, daß sie auch diese Einrichtungen werden im Notfall aufzugeben, ehe sie sich von ihnen scheiden lassen, daß sie auch dieses Mittel noch werden versuchen geschickt für sich auszunutzen, der lese nach, was die „Neue Zürcher Zeitung“ am 18. Dezember 1924 unter dem Titel „Russische Wirtschaft“ dazu berichtet. Auch die Kreditnot stünde nicht darüber hinweg, daß die Wirtschaft im kommunistischen Rußland sich nur Mittel war und daß der geringe Kulturgrad und die Beherrschung der Bauernmassen es den Noten möglich machte und macht, jede noch so große Krise, in Katastrophe zu überwinden.

Es bleibt dabei, was Nikolai Baskin in seinem sehr instruktiven Buche „Das wirtschaftliche Wesen der Sowjetunion“ so formuliert: „Bei Rückblick der Wirtschaftskommunikation mit der Sowjetunion muß von dem Grundabstand ausgegangen werden, daß man in der Sowjetunion in Bezug auf Wirtschaftsstruktur und Rechtsverhältnisse etwas ganz Neues, in der Wirtschaftswissenschaft noch nicht Dagewesenes vor sich hat. Man kann hier nicht allhergebrachte Normen verwenden, sondern muß nach neuen Formen suchen, muß bestrebt sein, das Problem zu lösen, wie eine Rechtsbrücke zwischen dieser absonderlichen Welt und ihrer Umgebung zu schaffen ist. Nur neue schöpferische Wege sind hier denkbar.“

Man vergegenwärtige sich hier, daß die ganze Handelspolitik Rußlands darauf angelegt ist, auch ohne jede Zulassung und Mitteln von Ausländern den eigenen Bedarf im Auslande zu decken und den Export auf dem Auslandsmarkt unterzubringen. Auf diesem handelspolitischen Grundgedanken ist auch der Handelsapparat Rußlands sehr sorgfältig durchgebaut und in allen Einzelheiten konsequent ausgebaut worden, und für uns als Vertragspartner und Vertragsgegner muß alles darauf ankommen, ihm etwas ebenso durchdachtes Gleichwertiges entgegen zu stellen.

Was ist nach dieser Richtung hin bisher geschähen? In welcher fruchtversprechenden Weise hat unsere Delegation die große Weihnachtspause ausgenutzt? Was hat man unternommen, um der Sowjetunion Rußlands eine anzuwendende Geschäftsbeziehung zu ermöglichen? Denn darüber sollte und dürfte man sich doch klar sein, daß es bei den Verhandlungen mit Rußland eben nicht nur auf formale Abmachungen, sondern auf den Abschluß von Geschäften ankommt, wenn sie für uns überhaupt einen Wert haben sollen. Damit ist auch ohne weiteres eine Reihe von Möglichkeiten gegeben, die sich ebenso klar abzeichnen, wie eine Durchdringung dringend erforderlich. Der Grundgedanke bei allen Verhandlungen mit Rußland muß einfach lauten: Was Rußland verlangt, muß es auch gewähren. Verlangt es die Anerkennung seines Außenhandelsmonopols, so muß es auch anerkennen, daß auch ihm gegenüber die deutsche Wirtschaft keine Abhängigkeit von Rußland ist, sondern ebenfalls eine Einheit, die in den Organen repräsentiert wird, die eigens dazu zu schaffen wären. Verlangt es, daß wir bei und den Organen seines Außenhandelsapparates Niederlassungsrecht gewähren, wird es auch uns das Recht für ähnliche Institutionen bei sich einräumen müssen.

Damit aber ist wiederum eine ganze Reihe rein innerdeutscher Aufgaben angebeutet, an die wir ehestens heran müssen, wenn wir ein wirksames Instrument für den Handelsverkehr mit Rußland haben wollen. Weiter: Rußland hat, wie gesagt, kein Geld. Es ist auf Kredit angewiesen und wird es kaufen, wo es ihm am günstigsten eingeht.

### Der neue Notenwechsel

#### Noch heute deutsche Antwort

B. Berlin, 27. Januar. (Eig. Drahtbericht.) Die Entente ist in ihrer letzten Note zur Kölner Frage, die gestern überreicht wurde, wieder zu der bestärkten und unheilvollen Form zurückgekehrt, in der sie unmittelbar nach dem Kriege mit Deutschland zu reden gewohnt war. Das hat einweilen zur Folge gehabt, daß sich auch Vemie um das Kabinett Luther scheren, die zu ihm sonst in Opposition oder zum mindesten in ablehnender Skepsis stehen. Selbst der „Botschafter“ bezieht auf: Der Inhalt der Entente-Note sei so nichtig, daß man sich erst über die diplomatische Aktion wundern müsse, und der Reichsführer hätte durchaus recht gehabt, in seiner mündlichen Antwort an den englischen Botschafter noch einmal auf die baldige Hebergabe der endgültigen Note zu drängen. Das „Berliner Tageblatt“ meint: Die Haltung der Alliierten erinnert an das Vorgehen eines Richters, der ein Urteil verkündet und sich dann aus Termin an Termin anherbeiläufig erklärt, es zu bestrafen. Warum legen die Alliierten ihre Karten nicht auf den Tisch? Warum mit der Hilfe der deutschen Verfassungen, damit die deutsche Öffentlichkeit sie versteht, die Reichsregierung prüfen und sachlich erwidern kann? Das „Berliner Tageblatt“ hofft, daß die Reichsregierung mit ruhiger Unschuldigkeit Auskunft darüber verlangen wird, aus welchem Grunde die Fremdherrschaft über 23 Millionen Deutsche über die im Versailles Vertrag festgesetzte Frist hinaus aufrechterhalten werden soll. Barmütlich wird das in der deutschen Antwortnote, die wir noch im Laufe des Tages kennen lernen werden, auch hinreichend geäußert. Der „Tag“ glaubt, in der Antwort der Regierung würde auch dargestellt werden, daß bei der Bäumung der ersten rheinischen Zone die Sicherheitsfrage an sich gar keine Bedeutung hätte und daß, selbst wenn die Barmütigkeit der Besatzungsmächte über angebliche Verletzungen richtig wären, damit eine Genauschätzung der Bäumung der ersten rheinischen Zone noch nicht begründet werden könnte.

#### Der Wortlaut der Zwischennote

Wie wir gestern im größten Teil unserer Auflage berichteten, ist am Montag mittags die neue Kollektivnote in der Räumungsfrage in Berlin dem Reichsführer übergeben worden. Die Note hat folgenden Wortlaut: Die Alliierten Regierungen haben von der von Herrn Stresemann am 8. Januar an die alliierten Vertreter in Berlin gerichteten Note Kenntnis genommen, wonach die frühere Note der Alliierten Regierungen beantwortet wurde, die sich auf die Durchführung der Bestimmungen des Artikels 429 des Friedensvertrages über die Bäumung des als „Rölnner Zone“ bezeichneten Gebietes bezog. Die Alliierten Regierungen haben im gegenwärtigen Augenblick nicht die Absicht, mit der Deutschen Regierung in die Erörterung dieser Angelegenheit einzutreten oder sich auf Verhandlungen einzulassen, die sie in keiner Weise anerkennen können. Wie sie der Deutschen Regierung bereits in ihrer Kollektivnote vom 6. Januar mitgeteilt haben, werden sie ihr später eine neue Mitteilung zukommen lassen, die festlegt, welche Maßnahmen...

nahmen sie von Deutschland noch erwarten, damit seine Verpflichtungen im Sinne des Artikels 429 des Vertrages von Versailles als getrennt erfüllt angesehen werden können. Die Alliierten Regierungen haben die Absicht, diese Mittelstellung in einem möglichst frühen Zeitpunkt zu machen.

Schon jetzt müssen sie indes die Deutsche Regierung darauf hinweisen, daß die im Vertrag von Versailles enthaltenen Bestimmungen über die Bäumung der ersten rheinischen Zone auf die Dauer der Bäumung der rheinischen Zone auf fünf Jahre festgesetzt sind und haben eine Abklärung dieser Frist nur für den Fall vorgesehen, daß Deutschland die Bestimmungen des Vertrages von Versailles getrennt erfüllt.

Da gewisse Bedingungen dieses Vertrages nicht getrennt erfüllt erfüllt worden sind, können die Alliierten Regierungen sich nur an die Vertragsbestimmungen halten. Es ist Sache Deutschlands, durch Erfüllung seiner Verpflichtungen die Alliierten Regierungen instand zu setzen, in dem Bäumungsgebiet die im Artikel 429 vorsehende Wiederrichtung einzutreten zu lassen. Die Alliierten Regierungen haben ihrerseits die Absicht, die Bestimmungen dieses Artikels auch getrennt zu erfüllen.

Die Alliierten Regierungen sind sich in ihrer Stellung vom Montag nachmittags über die Antwort schlüssig geworden, die den alliierten Vertretern Dienstag vormittag zugehört und alsdann veröffentlicht werden wird.

#### England und die Note

Telegramm unseres Korrespondenten w. London, 27. Januar

Die gestern in Berlin überreichte neue Note der Alliierten in der Kölner Frage wird von den meisten Blättern als kein Ereignis von Wichtigkeit angesehen, da die Note rein formalen Charakter habe. Die „Times“ bemerkt dazu in einem Leitartikel, daß Deutschland seine Verpflichtungen erfüllt habe, würden die Alliierten die Bäumung als etwas „Selbstverständliches“ ausführen. Jedermann wünsche, daß der letzte Zustand der Ungewißheit aufhöre. Der endgültige Bericht der Kontrollkommission müsse mit großer Sorgfalt ausgearbeitet werden. Doch sobald er fertig sei, müsse er veröffentlicht werden, so daß das deutsche Volk und die ganze Welt die Verletzungen erfahren, welche die Verzögerung nötig machte. Der merkwürdige (?) Versuch eines deutsch-französischen Sicherheitspaktes habe die Barmütigkeit in Frankreich über Deutschlands Beziehungen nicht belehrt. Die Barmütigkeit sei vielleicht übertrieben, aber sie sei zu weit, um durch einen solchen Versuchsbahn beseitigt zu werden. Die öffentliche Meinung in Frankreich müsse dieser Artung sehr wenig Wichtigkeit bei. Die französische Regierung würde an kein Abkommen denken, das nicht auch die Aufrechterhaltung des Friedensvertrages im Osten anranziere.

Der diplomatische Mitarbeiter der „Weltmischer Gazette“ erklärt, der letzte Paragraph der alliierten Note sei der wichtigste, da er die von den alliierten Regierungen einschließlich Frankreich gewährte Anerkennung enthält, daß die Offensivperiode mit der Unterzeichnung des Versailles Vertrags an seinen Anfang genommen habe. Es sei ganz klar, daß die Frage durch Verhandlungen gelöst würde, da die Haltung der deutschen Regierung vernünftig und ehrlich zu sein scheint. In dem Falle könne vielleicht eine frühere gleichzeitige Bäumung Kölns und der Ruhr auf August vereinbart werden.

Die langläufige Ansicht, daß die Welt nach Osten hin sowieso mit Ostern vernagelt sei, kann nicht sich halten, denn wenn auch die Schwierigkeiten in dieser Hinsicht sich sicherlich nicht geringer sind als nach allen andern, so sind solche Schwierigkeiten noch nie dadurch überwunden worden, daß man sich mit ihnen abfindet. Zur Beantwortung der Frage, ob unsere Interessen im gleichen Maße oder mehr oder weniger nach Osten denn nach Westen weisen, verlagert die Faust zu hilfsvollere Statistik vollkommen. Alles, was wir da wissen, ist, daß Rußland vor dem Kriege in unserer Ausfuhr an vierter Stelle stand und Deutschland für die russische Einfuhr an erster. Für das erste Halbjahr 1924 war der Anteil Rußlands an unserer Ausfuhr von 3,7 Prozent auf 2,2 Prozent gesunken — was leider so gut wie nichts bedingt. Denn Rußland hat Gebiete, die in jenen 3,7 Prozent enthalten waren, heute verloren, die, rechnet man sie wieder ein, den Prozentsatz immerhin auf 5,1 erhöhen. Aber die politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse haben sich doch so verschoben, daß alle Vergleiche fast zu sein müssen. Selbst eine Beschränkung auf die Zahlen von 1921 gibt keinen Aufschluß, denn sie sagen nur, wie es ist, nicht wie es sein kann. Hier ist ja gerade noch alles offen, hier gilt es ja gerade noch, die Arbeit wieder zu tun; denn hier ist wirklich Neuland.

Ueber die Zustände in Rußland haben sich Zustände von jedem Iohm gesprochen. Ueber seine Struktur und seine Verhältnisse wissen wir noch verhältnismäßig wenig. Immerhin hebt sowjetisch, daß es sich bei Handelsvertragsverhandlungen mit der Sowjetunion um wesentlich andere Dinge handelt als bei Verhandlungen mit andern Staaten. Denn während bei uns und allen westeuropäischen Ländern der Staat gewissermaßen nur die von ihm umschlossene Wirtschaft repräsentiert, ist der russische Staat im wörtlichen Sinne zugleich die Wirtschaft selbst. Während individualistisch aufgebauete Staaten sich bei ihren Handelsverträgen also auf die formalen Austauschbeziehungen beschränken können, innerhalb deren der reale Güterverkehr dann der privaten Initiative überlassen bleibt, würden ähnliche Abmachungen mit dem Sowjets völlig verfehlt sein. Denn diese sind eben auch die Kaufleute selbst, denen sich bei rein formalen Verträgen dann der einzelne Kaufmann bei uns nicht anders neue gegenübergestellt hätte, wenn es sich um die doch allein wichtige konkrete materielle Erfüllung handelt.

Jeder einzelne hätte — und hat heute ja auch — immer aufs neue Verhandlungen mit einem ganzen Staate zu führen, der nicht amouft seine ganze Industrie nationalisiert, seine Wirtschaft in die Staatswirtschaft überführt hat und, will er sich nicht selbst unterwerfen, auch vom Ausländer unbedingte Einordnung in die zentralistische und stoffe, von politischen Gesichtspunkten her erfolgende Wirtschaftsführung verlangen muß und verlangt. Ein rein formaler Vertrag würde nur über die Tatsache hinwegtäuschen, daß der deutsche Einfuhrkaufmann gar kein freies Verfügungsrecht vor sich hat, sondern einer absolut geschlossenen Geschäftlichkeit gegenübersteht, wie etwa jedem privatwirtschaftlichen Kontrahenten sonst auch, nur mit dem Unterschied, daß dieser russische Kontrahent aber ganz andre Nachmittel und Komplexe verfügt. Daran ändert sich auch nichts, daß Rußland seinen Traktat eigene Außenhandelsstellen erlaubt; denn diese unterliegen letzten Endes der russischen Kontrolle so gut wie das ganze System.